

Stellungnahme der CSU-/WB-Fraktion zur geplanten Gemeinschaftsunterkunft

Hilfe nicht verweigern – CSU-/WB-Stadtratsfraktion favorisiert dezentrale Unterbringung

- Hilfe nicht verweigern, Menschen integrieren
- Dezentrale Unterbringung vorteilhafter als zentrale
- Waldershof muss die Herausforderung gemeinschaftlich meistern

Die öffentliche Diskussion um die geplante Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber ist aktuell durch Aufgeregtheit, Halbwissen und vor allem Ängste bestimmt. Aufgabe der Waldershofer Kommunalpolitik muss es sein, diesen Ängsten und Sorgen unserer Bevölkerung mit Sachlichkeit, Aufklärung und Ausgleich zu begegnen.

Das Thema ist so komplex, dass ein einfaches „Dagegen sein“ der Herausforderung nicht gerecht wird. Daher hatten wir uns dazu entschieden, uns an der öffentlichen Debatte zum aktuellen Zeitpunkt, wo noch nicht einmal ein Planentwurf o. ä. zu sehen war, nicht mit absoluten Aussagen zu beteiligen, da dies mehr spaltet als eint.

Wenn die Bürgermeisterin in der Stadtratssitzung vom 28.01.16 nun von der von ihr praktizierten Transparenz spricht, muss der Wahrheit zuliebe schon auf den Werdegang hingewiesen werden. Eine transparente Chronologie dazu:

9. 12. 2015

Vorstellung erster Planungsgedanken im Landratsamt durch Landrat Wolfgang Lippert. Anwesend von der Stadt Waldershof war Geschäftsleitender Beamter Josef Kaiser. Die Bürgermeisterin fehlte.

16. 12. 2015

Stadtratssitzung. Das Thema wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

7. 1. 2016

Besprechung im Rathaus mit Bgm., 2. Bgm., Fraktionssprecher und Josef Kaiser zur Vorbereitung des Termins am 08.01.16 im Landratsamt Tirschenreuth. Auf Nachfrage von SRM Mario Rabenbauer, wann und wie die Öffentlichkeit einbezogen werden soll, lehnt Sonnemann dies ab, da zum jetzigen Zeitpunkt keine ausreichenden Information vorliegen.

8. 1. 2016

Besprechung im Landratsamt mit LR Lippert, Herrn Büsching und Herrn Seebauer von der KEWOG, Bgm., 2. Bgm., Josef Kaiser und Fraktionssprecher. Bgm. Sonnemann erwähnt keine Pläne um die Bevölkerung zu informieren, man erwarte einen Planentwurf der KEWOG, der

in nicht-öffentlicher Sitzung im Stadtrat besprochen werden sollte. Alle Teilnehmer, auch Friederike Sonnemann zeigten sich damit einverstanden

15. 1. 2016

Pressegespräch der Bürgermeisterin. Darüber wurden die Fraktionssprecher am 13. 1. 2016 nachmittags kurzfristig eingeladen, eine Absprache mit dem Stadtratsgremium erfolgte nicht. Perspektiven oder Planungen der Bürgermeisterin wurden hier, auch auf Nachfrage, nicht genannt.

28.01.16

Auf Antrag der CSU-/WB-Stadtratsfraktion und Gisela Kastner wird das Thema erstmals im Stadtrat behandelt. Von der Bürgermeisterin ging bis dahin keine Initiative dazu aus, dieses uns alle bewegende Thema im Stadtrat zu behandeln und damit der Bevölkerung erste fundierte Informationen zu bieten.

Wie sehen wir die die jetzige Situation?

Die Bürgermeisterin setzt auf Konfrontation statt auf Dialog mit den Beteiligten. Dies spaltet die Menschen in unserer Stadt, deren Ängste, Sorgen und auch deren Informationsbedarf werden damit nicht behoben. Das momentane subjektive Bild unserer Stadt stellt sich so dar, als ob man in Waldershof grundsätzlich gegen Flüchtlinge sei.

Die Vorbehalte, die durch die Bürgermeisterin und die SPD-Fraktion genannt werden, lassen auf einen Generalverdacht gegenüber allen Menschen schließen, die in unserem Land Hilfe vor Krieg, Terror und Gewalt suchen. Das entspricht keinem politisch verantwortlichen Handeln in einer Demokratie, erzeugt Vorurteile und polarisiert. Das wirft ein schlechtes Bild auf unsere Stadt und verunsichert die Menschen. Die Unterschriften-Aktion eines Waldershofer Bürgers tut ein Übriges zu dieser ungunstigen Situation.

Nun kündigt die Bürgermeisterin eine Bürgerversammlung an. Welchen Sinn macht dies, wenn die konkreten Planungen dem Stadtrat nicht vorliegen und er sich noch nicht damit beschäftigt hat. In dieser Situation würde eine Bürgerversammlung die momentane Lage weiter verschärfen. Wir fordern daher: Vor einer Bürgerversammlung muss das entscheidende Gremium dieser Stadt Pläne, Unterlagen und ausnahmslos alle Informationen erhalten. Alles andere wäre eine Missachtung der von der Bevölkerung gewählten Vertreter. Eine Bürgerversammlung wäre darüber hinaus auch aufschlussreicher und informativer, wenn z. B. Bürgermeister aus anderen Gemeinden, die teilweise langjährige Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingen haben, einmal zu Wort kommen. In Wiesau, Fuchsmühl, Tirschenreuth haben die dortigen Bürgermeister diese große Herausforderung offen, konstruktiv und gemeinsam mit allen Beteiligten angepackt und gelöst. Es ist Aufgabe der

Bürgermeisterin, hier zusammenzuführen und den sachlichen Informationen den Vorrang vor Spekulationen und Gerüchten zu geben.

Um es deutlich zu sagen: Wir halten eine Gemeinschaftsunterkunft für 150 Personen nicht für die optimale Lösung. Wer das Interview in der Frankenpost mit dem Geschäftsführer der KEWOG, Bernd Büsching gelesen hat, muss zum Entschluss kommen, dass die Flüchtlingsunterkunft gebaut wird. Der offensichtliche Konfrontationskurs der Bürgermeisterin hat dazu geführt, dass der mögliche Investor mit uns vor Ort nicht mehr spricht.

Die Bürgermeisterin und die SPD sprechen von den Vorteilen der dezentralen Unterbringung. Wie diese allerdings konkret aussehen kann, davon hört man nichts. Die Stadt hat seit einigen Jahren mit einer Leerstandsbörse ein wichtiges Instrument, um z. B. solche dezentralen Lösungen zu finden. Es wäre Aufgabe der Bürgermeisterin, Kontakt mit den Eigentümern dieser Immobilien aufzunehmen und zu klären, inwieweit sie bereit sind ihre Immobilien für Flüchtlinge (nach entsprechender Sanierung) zur Verfügung zu stellen. Diese kleinen, dezentralen Unterkünfte wären mindestens genau so schnell zu realisieren, wie die geplante Gemeinschaftsunterkunft. Die Bürgermeisterin spricht davon, dass es kein Problem wäre, 45 -50 Personen dezentral zu integrieren. Das wären dann vier bis fünf Objekte, die es laut SPD in Waldershof auf jeden Fall geben müsste. Die Stadt Waldershof könnte hier gleich mit gutem Beispiel vorangehen, da sie auch im Besitz einer solchen leerstehenden Immobilie in zentraler Lage ist.

Es stellt sich die Frage, ob die Bürgermeisterin in den letzten beiden Monaten überhaupt über ihre Forderung nach dezentralen Unterkünften hinaus tätig geworden ist. Dezentrale Unterkünfte, die von ihr gefordert werden, fallen nicht vom Himmel. Dafür muss man kämpfen, auch wenn dieser Kampf nicht so publikumswirksam ist, wie Pressekonferenzen und Stadtratssitzungen vor großem Publikum.

Vielleicht hat die Bürgermeisterin auch schon die Option geprüft, ob die Stadt das fragliche Grundstück der KEWOG kaufen könne, um dem Bau der Gemeinschaftsunterkunft so zuvor zu kommen. Im Internet wird das Grundstück für 182.000,- EUR angeboten. Die SPD spricht ja davon, dass der Stadt hier ein Grundstück in bester Lage verloren ginge und auch städtebauliche Planungen schon vorhanden wären.

Zuletzt: Eine wie auch immer geartete Beeinflussung unserer Stadtratsarbeit durch den Sitz von Stadtratsmitglied Hubert Kellner im Aufsichtsrat der KEWOG weisen wir entschieden zurück. Das ist primitive Hetze ohne jegliche Grundlage. Und im Übrigen: Die Stadt Waldershof ist seit 1950 Gesellschafterin und damit Anteilseignerin der KEWOG.